

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
Tagblatthaus.

Schalter-Büro geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 655-55.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Wegzugs-Preis für beide Ausgaben: Mt. 2.— monatlich, Mt. 6.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerlohn. — Wegzugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Bielefeld: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Läden und die Post.

Wegzugs-Preis für die Jelle: Mt. 1.— für örtliche Anzeigen; Mt. 1.50 für auswärtige Anzeigen; Mt. 4.50 für örtliche Anzeigen; Mt. 6.50 für auswärtige Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme besonderer Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Anzeigen-Wandlungen für beide Ausgaben bis 10 Uhr am Vortage. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abtheilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 50, Hamburgerstraße 3, IV. Fernsprecher: Ami Kollender 4747-49.

Dienstag, 23. März 1920.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 139 • 68. Jahrgang.

Zur Vorgeschichte des Putzsches.

Die Vorgänge in der Nacht vom 12. zum 13. März.

Br. Berlin, 22. März. (Eig. Drahtbericht.) Erst jetzt teilt man, wie wir erfahren, an amtlicher Stelle gewisse Einzelheiten über die Vorgänge in der Nacht vom 12. zum 13. März kurz vor der Kappischen Aktion mit. Es heißt, daß der General Reinhard entschlossen gewesen sei, mit den ihm zur Verfügung stehenden Berliner Truppen den Kampf gegen die anrückende Marinebrigade aufzunehmen. Die übrigen an jener nächtlichen Besprechung beteiligten Generale hatten jedoch durchweg ihre Ansicht dahin geäußert, daß die Berliner Truppen, deren Stärke 3000 Mann betrug, den 5000 Mann starken Marinetruppen nicht gewachsen sein werden. Aus diesem Grunde besonders hätte die Regierung sich dazu entschlossen, ein Blutvergießen in jedem Falle zu vermeiden.

Ausschlag Winnig von der sozialdemokratischen Partei.

W. T. B. Königsberg, 22. März. (Drahtbericht.) Die sozialdemokratische „Königsberger Volkszeitung“ meldet: Von der Parteileitung wird mitgeteilt: Der Oberratspräsident Winnig wurde aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen.

Die preußische Landesversammlung.

W. T. B. Berlin, 20. März. Die preußische Landesversammlung ist bereits am Mittwoch, den 21. März, einberufen. Minister Heine hat am letzten Mittwoch nach seiner Rückkehr aus Stuttgart dem preußischen Ministerpräsidenten Hirsch sein Rücktrittsgesuch mit der Bitte um sofortige Beurteilung überreicht. Dieser Bitte konnte wegen des Ausfalls der Beschlüsse nicht entsprochen werden. Minister Heine hat auch dem Präsidenten der Landesversammlung Heinert ein Verzichtsgesuch des Ältestenausschusses von seinem Schritte Kenntnis gegeben.

Die Einwohnerwehren.

W. T. B. Berlin, 20. März. In einer Erklärung stellt der preußische Minister Heine fest, daß die Einwohnerwehren von ihm eingerichtete Selbstschutzeinheiten zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung seien. Sie ständen nach, wie vor einstimmig hinter der verfassungsmäßigen Regierung. Der Minister ersucht alle Behörden, allen falschen Gerüchten entgegenzutreten. Die Einwohnerwehren seien in Verbindung mit der Reichswehr und der Sicherheitspolizei das einzige Mittel zur Bekämpfung des Bolschewismus (Räteregime). Sie müßten daher mit allen Mitteln unterstützt, aber nicht aus parteipolitischen Gründen in ihrer Tätigkeit beschränkt werden.

Nachrichten aus dem Reich.

W. T. B. Berlin, 22. März. (Drahtbericht.) Die fünf gewerkschaftlichen Eisenbahnerverbände fordern den Rücktritt des Eisenbahnpräsidenten Halle und des Regierungsrates Reiche als Vorbedingung für den Abbruch des Generalstreiks. Halle übertrug die Amtsgeschäfte auf den Geheimrat Bapier. Reiche wurde beurlaubt.

W. T. B. München, 22. März. (Drahtbericht.) Die Blätter sind gestern Abend mit Extraausgaben erschienen. Der Landruchersstreik ist beendet.

W. T. B. Erfurt, 22. März. (Drahtbericht.) Nach einer Mitteilung der Streikleitung haben nacheinander auch die freien Eisenbahnergewerkschaften die Beilegung des Streiks beschlossen.

W. T. B. Magdeburg, 22. März. (Drahtbericht.) Die Streikfrage ist noch ungeklärt. Die Großbetriebe ruhen. Der Eisenbahnverkehr wurde durch Streikende gestört. Der Eisenbahnverkehr ist noch sehr beschränkt.

W. T. B. Halle, 22. März. (Drahtbericht.) Die Lage hat sich hier bedeutend verschlechtert. Während des gestrigen Tages und nachts kam es zu lebhaften Feuergefechten zwischen Truppen und bewaffneten Arbeitern. Die Stadt Halle soll ziemlich von den Arbeitern eingeschlossen sein.

W. T. B. Naumburg, 22. März. (Drahtbericht.) Heute Nacht kämpften bewaffnete Banden mit Maschinengewehren, Minenwerfern und Handgranaten bei dem Halleschen Putzsch vom 24. bis 27. April 1919 Beteiligten sowie die Herausgabe der Akten. Der Staatsanwalt, der die Herausgabe verweigerte, wurde mit den befreiten Gefangenen auf einem Automobil fortgeführt.

W. T. B. Breslau, 22. März. (Drahtbericht.) Als gestern nach Schluß einer Versammlung der streikenden Arbeiter, in der mit 14000 gegen 4000 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag beschlossen wurde, die Menge auf die Straße heraustrat, wurde aus einem gegenüberliegenden Hause auf sie geschossen. Ein Mann wurde tödlich getroffen. Das Haus wurde gestürmt und die darin befindlichen Militärpersonen von der wütenden Menge mißhandelt und in das Garnisonlazarett übergeführt.

W. T. B. Berlin, 22. März. (Drahtbericht.) Der Chefredakteur der „Schlesischen Zeitung“ in Breslau, Dr. Schell, wurde im Laufe des Sonntags verhaftet, ebenso der demokratische Stadtdirektor Dr. Dziakals und eine Anzahl Stadtdirektoren wegen Hochverrats, weil sie Hilfe bei einer Revolte in verschiedenen Verbindungen leisteten. Das Haus wurde gestürmt und die darin befindlichen Militärpersonen von der wütenden Menge mißhandelt und in das Garnisonlazarett übergeführt.

und teilweise zerstört wurden, erscheint wieder. In der Stadt ist alles ruhig. Die Truppen haben die Stadt verlassen.

W. T. B. Breslau, 22. März. (Drahtbericht.) Das „Acht-Uhr-Abendblatt“ meldet die Verhaftung des Leiters der Technischen Hochschule, Heine. Heine war Leiter der Organisation der Zeitfreiwilligen, die von der Technischen Hochschule ausgerüstet und bewaffnet wurden.

Beruhigung in Sachsen.

W. T. B. Leipzig, 22. März. (Drahtbericht.) Nach einem amtlichen Bericht sind, abgesehen von Plünderungen der Lebensmittelvorräte im Dresdener Kreisbahnhof, im Laufe des Sonntags keine Ausschreitungen vorgekommen. Der Rebellensturm und die Johanniststraße wurden von den Aufständischen vormittags geräumt und in den von den Truppen besetzten inneren Stadtkern einbezogen. In der Reststadt verließen die Aufständischen keine ihrer Stellungen. Stoßtrupps sind aus dem bisher gehaltenen Stadtkern nach allen Seiten vorgetrieben. Es ist eine teilweise Waffenabgabe erfolgt, jedoch hat auch ein Abtransport von Waffen nach auswärts stattgefunden. Andererseits wurden erneut bewaffnete Haufen, Abteilungen in der Gegend des Volkshauses und neuerrichtete Maschinen- und Gewehre im Weiter festgehalten. Weitere Verstärkungen sind im Laufe des Tages eingetroffen. Ein Anschlag gegen die Wohnung des Leiters der technischen Hochschule ist heute vormittags 6 Uhr in vollem Umfang wieder aufgenommen worden. In Zwickau ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. In Leipzig herrscht Ruhe. In Vorna sind die Demokraten aus dem Aktionsausschuß ausgetreten. Die Beamten wollen streiken, falls die Räterepublik ausgerufen wird. Die Arbeitstruppen werden von den Kommunisten an der Aufnahme der Arbeit gehindert.

W. T. B. Leipzig, 22. März. (Drahtbericht.) Es herrscht wieder Ruhe. Die Truppen sind Herr der Lage. Der Generalstreik ist beendet. Der Volkstempel soll heute wieder aufgenommen werden. Bis zur Bekämpfung der Opfer, über deren Zahl amtliche Angaben noch nicht vorliegen, sind alle Unruheherde beseitigt. Der bei den Kämpfen angeordnete Schloß ist sehr groß. — In Thüringen ist die Lage noch ungeklärt.

Ostpreußen.

W. T. B. Königsberg, 21. März. Die „Königsberger Volkszeitung“ verleiht einen Aufruf der sozialdemokratischen Partei Königsberg, nach dem die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung mit dem noch möglichsten, wenn nachgehende Forderungen restlos erfüllt würden: Enthebung des Generalleutnants v. Storff und seines Stabes, des Oberpräsidenten Winnig, des Oberpräsidenten v. Hesse, des Landeshauptmanns v. Brunow, des Regierungsrates v. Braun und sämtlicher Landräte, die der Regierung Kapp Treue geschworen haben, Entlassung und seit dem 13. März d. J. wegen politischer Verbrechen verurteilten und seit 13. Januar in Landshaft befindlichen Personen, Auflösung der bestehenden Einwohnerwehren und Bildung einer neu unter einer freien Führung, die unbedingt auf dem Boden der Verfassung steht. — Die der Parteileitung weiter mitteilt, partei-politischen Forderungen „solange bereits entbrochen, als Generalleutnant v. Storff leitens der Reichsregierung seines Postens enthoben ist. Die Staatsregierung hat auch den Oberpräsidenten v. Hesse seines Postens enthoben. Weitere Enthaltungen ründen den Kreis.“

Reichsleiter Rücktransport der Gefangenen aus Frankreich.

W. T. B. Berlin, 20. März. Die französische Regierung teilt der deutschen mit, daß sie diejenigen Kriegsgefangenen, die zurzeit noch Disziplinarkraften zu verbüßen hätten, unter Verzicht auf das ihr nach dem Friedensvertrag zustehende Recht, solche Personen zurückzubehalten, freigeben würde.

Ausland.

Schweiz.

Ein Spielbankverbot. In der Schweizer Volksabstimmung wurde das Volksinitiativbegehren auf Verbotung der Spielbanken mit 278 000 gegen 216 000 Stimmen angenommen.

England.

Eine Rede Lloyd Georges. Die der „Telegraph“ aus London meldet, erklärte Lloyd George in seiner mit Spannung erwarteten politischen Rede in einer Versammlung vor ungefähr 140 liberalen Abgeordneten, die ihn einstimmig begrüßten, er denke nicht daran, nach rechts oder links zu schwenken, sondern werde den liberalen Grundgedanken treu bleiben. Ebenfalls denke er daran, sich die Führung der Liberalen durch Asquith ablassen zu lassen. Lloyd Georges Rede gipfelte in einem Appell zum Zusammenschluß, um die drohende Gefahr des Sozialismus und des Kommunismus abzuwehren. Er sagte, so lange keine einzige Partei des Parlaments über eine unbedingte Mehrheit verfüge, sei eine Koalition notwendig. Über den Völkerverbund und sprechend, erklärte der Erste Minister, der große Krieg habe 12 Millionen Menschenleben gekostet und 16 Millionen zu Krüppeln gemacht. Das müsse dem stärksten Willensentschluß entsprechen. Der Völkerverbund sei die Hoffnung auf die Zukunft, um die Gefahr abzuwenden und die Lasten der Rüstungen zu vermindern. Zum Schluß erklärte Lloyd George, die Einheit des britischen Reiches sei der feste Rettungsanker des allgemeinen Friedens.

Ein Kampfantrag an die Arbeiterpartei. Einer Neutermittlung zufolge erklärte Denberson, Lloyd George habe in seiner Rede vom 18. März der Arbeiterpartei den Krieg er-

klärt. Die Arbeiter nahmen die Herausforderung an. — Lloyd George erklärte Churchill: Jetzt, wo der deutsche Militarismus vernichtet sei, bilde die sozialistische Arbeiterpartei in England die härteste und schlimmste Gefahr für die britische Zivilisation. Churchill forderte die unionistische und liberale Partei auf, unverzüglich gegen die Sozialdemokratische Front zu machen. Er trat für die Unterstützung Lloyd Georges ein.

Die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland und Österreich, 19. März. Die Londoner Blätter veröffentlichten eine Depesche aus Washington, nach der der Abg. Britton dem Repräsentantenhaus zugunsten des Friedens mit Deutschland und Österreich eine Resolution unterbreitet hat, die die Errichtung eines Negociationsorgans zum Zweck der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit diesen Staaten anregt.

Italien.

Das Wirtschaftsprogramm des neuen Ministeriums. „Secolo“ sagt, daß der am Mittwoch zusammengetretene Ministerrat die allgemeinen Linien seines Programms festgelegt und sich entschlossen hat, dem Verkehr größere Bewegungsfreiheit zu gewähren. Immerhin stehen der Einfuhr durch den Kurstand schwere Hindernisse entgegen. Das Finanzabkommen Italiens mit Brasilien gestaltet Italien, die Kredite in der Südamerikanischen Republik zu eröffnen, mittels deren es sich in größerem Umfang auf diesem Markte verdeden kann, ohne sofort für die Einkäufe die Summen beschaffen zu müssen und damit den Kurstand zu verschlimmern.

Ungarn.

Früherer für Wucherer und Schieber. Die ungarische Regierung brachte einen Gesetzentwurf ein, der die Einführung der Straftat gegen Warenwucherer und Kettenhändler vorsieht.

Südamerika.

Der Konflikt zwischen Peru und Bolivien. Der „Correo de la Noche“ will aus amtlicher Quelle wissen, daß die bolivianische Regierung großes Interesse an dem zwischen Peru und Bolivien entstandenen Konflikt hat. Das bolivianische Ministerium ist in ständiger Verbindung mit seinen diplomatischen Vertretern in Süd- und Nordamerika. Die bolivianische Regierung wünscht eine für beide Teile befriedigende Lösung der Differenz. Die „Noticias“ fügt hinzu, daß die bolivianische und die nordamerikanische Regierung sich mit den interessierenden Nationen in Verbindung gesetzt und den Rat einholt haben, alles daran zu setzen, um einen Bruch zwischen beiden Völkern zu vermeiden. Beide Regierungen vertrauen auf die Aufrechterhaltung des Friedens. Jede unparteiische und freundschaftliche Intervention wird ungeschickt des Einflusses der Vereinigten Staaten und des Festlandes Brasiliens, das dieses durch seine Annäherungspolitik erworben habe, bestimmt Erfolg haben. Die „Noticias“ fügt noch hinzu, daß diese Versöhnungspolitik Brasiliens und der Vereinigten Staaten sich schon vor der Kriegszeit der Weltmächte bewährt habe.

Die Friedensbedingungen der Entente für Sowjetrußland.

W. T. B. Warschau, 21. März. (Draht.) Der Minister des Auswärtigen übermittelte den Vertretern der alliierten Mächte den Wortlaut der von den Bolschewiken vorgeschlagenen Friedensbedingungen. Die Hauptpunkte derselben sind folgende: 1. Abtretung der Teile an dem Rußland Anteil hatte. 2. Anerkennung der aus den Ruinen Rußlands gebildeten Staaten. 3. Rückgabe der innerhalb der Grenzen Polens vom Jahre 1772 gelegenen Gebiete, die an dem polnischen Staat zurückgegeben werden sollen. 4. Erstattung des Anteils Polens an der russischen Staatsbank nach der Bilanz vom 4. August 1915 und Herausgabe der Staatsarchive und Bibliotheken. 5. Das Schicksal der westlich der Grenzen von 1772 gelegenen Gebiete wird Polen in Übereinstimmung mit dem Willen der Bevölkerung entscheiden. — Wenn Rußland diese Hauptpunkte annimmt, werden die Vorberedungen beginnen. Morgen wird eine außerordentliche Sitzung der Kommission des Staatspräsidenten Studski und des Ministers des Auswärtigen Patel abgehalten werden.

Die Lage in Syrien.

Den englischen Abendblättern zufolge teilt Lloyd George im Unterhause mit, daß die britische und die französische Regierung dem Emir Faisal mitgeteilt haben, daß sie seine Krönung zum König von Syrien nicht anerkennen.

Ein panislamistischer Aufstand in der Türkei?

In der Türkei ist, wie sich die „Frankf. Ztg.“ aus Paris melden läßt, ein panislamistischer Aufstand ausgebrochen. Die Kämpfe dehnen sich von Thrakien durch Kleinasien bis nach Irakien aus. In Thrakien fordert der türkische Oberbefehlshaber die Alliierten öffentlich heraus. Die britischen Truppen in Thrakien versuchen, ihm Widerstand zu leisten. Die italienischen Truppen, die, wie gemeldet, in großer Eile nach der Hilfe zurückgenommen werden, werden von Mustafa Kemal verfolgt. Nur die französischen Truppen in Cilicien und Oberfrankien behaupten ihre Stellungen. General Gouraud hat aber dringende Verstärkungen verlangt.

China und Japan.

Laut „Nieuwe Rotterdam“ ist in Washington eine Meldung aus Tokio eingetroffen, wonach die japanische Gesandtschaft mit China unverzüglich Verhandlungen zur baldigen Regelung der schwebenden Fragen einleiten wird.

